



Für das Haushaltsjahr 2021/22 sollen im **Stellenplan der Stadtverwaltung** zwölf zusätzliche Stellen bei der Berufsfeuerwehr sowie vier neue Stellen in der EDV-Abteilung der Stadt eingeplant werden. Foto: Koppe

„Ging nicht nach Nasenfaktor“

Stellenplan 2021/22 im Rat: AfD erntet Empörung für Vorschlag einer Prämie für wenig Krankheitstage

Von Maren Reese-Winne

CUXHAVEN. Oberbürgermeister Uwe Santjer lässt sich in Ratssitzungen selten aus der Reserve locken, auch nicht durch gezielte Provokationen. In der vergangenen Sitzung aber ging ihm der Hut hoch. Als „unerhört“ bezeichnete er die Ausführungen des AfD-Fraktionsvorsitzenden Anton Werner Grunert, der bei der Diskussion zum Stellenplan die Reduzierung von Krankheits- und Fehlzeiten gefordert und eine Prämie für Beschäftigte mit wenig Fehlzeiten in die Diskussion geworfen hatte.

Beim Stellenplan der Verwaltung für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 geht es in erster Linie um eine Aufstockung von zwölf Stellen für die Berufsfeuerwehr – notwendig durch die Umstellung von der 56- auf die 48-Stunden-Woche – sowie um vier weitere Stellen für die EDV-Abteilung; Reaktion auf die erhöhten Anforderungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung an Schulen sowie die Verpflichtung, mehr Dienstleistungen auf elektronischem Wege anzubieten.

17 Stellen mehr

Zwei Stellen sollen für den Reinigungsdienst in Schulen sowie bei der Feuerwehr hinzukommen. Einige Stellen fallen auch weg. Insgesamt sollen in den kommenden beiden Jahren sieben Beamtenstellen hinzukommen (dann 177) sowie zehn Stellen für weitere Beschäftigte (Angestellte/Arbeiter;

dann 357,5). Umgesetzt werden soll außerdem eine umfassende Neubewertung aller Beamtenstellen (nach Vorbereitung in den Jahren 2019 und 20), die bei vielen Stellen – auch denen der leitenden Beamtinnen und Beamten – zu einer Erhöhung der Bezüge führen wird.

Leitende sollen verzichten

Etwas, das den Fraktionsvorsitzenden der „Cuxhavener“ Rüdiger Kurmann zu der Frage verleitet, ob dies denn im Corona-Jahr, das den Stadt-Haushalt schon genügend beutele, wirklich sein müsse. Seine Fraktion beantragte, die Erhöhung für Führungspositionen in der Allgemeinen Verwaltung noch einige Zeit auszusetzen.

„Abteilungsleiterebene und aufwärts“ konkretisierte Fraktionskollege Peter Altenburg mit dem Argument, dass im Öffentlichen Dienst Beschäftigte schließlich während Corona durchgehend ihre Bezüge erhalten hätten – anders als viele Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thimo Röhler bezweifelte, dass der Oberbürgermeister eine solche Entscheidung überhaupt treffen dürfe und zeigte keinerlei Verständnis für diesen Vorschlag: Zum einen sei der Neubewertung ein sehr umfangreiches Verfahren der Stadtverwaltung mit Einsatz einer Bewertungskommission vorausgegangen. Zum anderen sei es nicht nachzuvollziehen, warum einzelne Gruppen, obwohl sie gute Arbeit leisteten, die Leidtra-

genden sein sollten. „Das kann nicht das Signal sein, das wir an die Mitarbeiter senden.“

Wenn es in Wirklichkeit darum gehe, die Qualifikation einzelner Personen zu bezweifeln, dann solle dies offen ausgesprochen werden. Stellen würden durch Ausschreibungen neu besetzt. „Die Pandemie als Argument vorzuschieben, empfinde ich als eigenartig“, so Röhler.

SPD-Fraktionsvorsitzender Gunnar Wegener erinnerte an geltende Tarifverträge der Beschäftigten, an die die Verwaltung sich ohne Wenn und Aber zu halten habe. Wegener bezeichnete den Stellenplan als „verantwortungs- und sinnvoll“. Die Aufwertung der Stellen bei der Berufsfeuerwehr sei schon aufgrund der Konkurrenzsituation unabdingbar. Es könne nicht angehen, dass die Stadt Feuerwehrleute ausbilde, damit diese dann in andere Gemeinden wechselten.

„Steigerung nicht mittragen“

AfD-Sprecher Anton Werner Grunert sprach hingegen von „besorgniserregenden Ausmaßen“. Seine Fraktion begrüße zwar die Aufstockung bei der Feuerwehr sowie zwei neue EDV-Fachleute, dafür könnten aber andere Stellen entfallen. Konkret sprach Grunert Krankheits- und Fehlzeiten an und schlug den anfangs angesprochenen Bonus für Wenig-Fehlen vor. Einen um vier Millionen Euro gestiegenen Haushaltsansatz für das Personal und eine Steigerung von 4 auf 5,3 Millionen Euro für die Versorgungsauf-

wendungen wolle seine Fraktion nicht mittragen.

„Bodenlose Frechheit“

Dass Grunert den Rathaus-Kräften unterstelle, absichtlich krank zu machen und erst durch Bonus-systeme motiviert zu werden, nannte Oberbürgermeister Uwe Santjer eine „bodenlose Frechheit“: „So etwas habe ich in 20 Jahren Ratsarbeit nicht gehört.“ Gerade die AfD tue sich mit massenhaft Arbeitsanträgen an die Verwaltung hervor, die regelmäßig ins Nirwana führten, aber reichlich Arbeitskraft bänden.

Uwe Santjer erinnerte: „Wir haben Anfang des Jahres eine Situation vorgefunden, wo nicht klar war, ob wir die Sicherheit noch gewährleisten können.“ Durch die Engpässe bei Berufsfeuerwehr und Rettungsdienst sei die Stadt kurz davor gewesen, externe Dienstleister zu beauftragen. Die Kolleginnen und Kollegen hätten über Jahre Mehrarbeit geleistet.

Die dringend erforderliche Neubewertung durch die Kommission, die dann auf alle Beamtenstellen ausgedehnt worden sei, sei regulär gelaufen und nicht nach „Nasenfaktor“. Ratsvorsitzende Beatrice Lohmann unterstrich, dass alle Unterlagen öffentlich im Ratsinformationssystem einsehbar seien.

Mit den Ja-Stimmen der Ratskooperation (CDU/FDP-Gruppe, SPD und Grüne) wurde der Stellenplan bei Enthaltungen der „Cuxhavener“ und Ablehnung der drei AfD-Fraktionsmitglieder angenommen.